ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Chaloupek, Günther

Article

Planung im Wachstumszyklus

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Chaloupek, Günther (1982) : Planung im Wachstumszyklus, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 8, Iss. 2, pp. 225-233

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/332071

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Planung im Wachstumszyklus

Günther Chaloupek

I. Was ist „Planung"?

Der frühere amerikanische Arbeitsminister John Dunlop machte einmal die Bemerkung, „über Planung sei schwer zu diskutieren, weil fast niemand wisse, was damit gemeint sei[1]." Er wollte damit wohl nicht nur auf die Verständigungsschwierigkeiten im Bereich der politischen Diskussion anspielen, sondern hatte als Ökonomieprofessor sicher auch die Schwierigkeiten der Fachwissenschaft mit dem Begriff der Planung vor Augen.

Was Wirtschaftsplanung in den sog. „zentralgeplanten Wirtschaften" bedeutet, ist relativ leicht zu umschreiben. Als höchst mühsam stellt sich hingegen jeder Versuch heraus, einigermaßen trennscharf zu definieren, was Planung in marktwirtschaftlichen Systemen beinhaltet. Die offizielle Terminologie in verschiedenen Staaten ist eher verwirrend als hilfreich, da mitunter simple Kurzfrist-Prognosen ebenso als „Plan" bezeichnet werden wie etwa die französischen Fünfjahrespläne. Auch in der umfangsmäßig im Verhältnis zu anderen Themenbereichen nicht sehr bedeutenden Literatur über Planung hat sich kein auch nur halbwegs einheitlicher Planungsbegriff herausgebildet; ja es hat sogar den Anschein, als ob der Frage nach dem Begriffsinhalt eher ausgewichen wird.

Es würde bei weitem den Rahmen dieses Beitrages sprengen, hier eine ausgefeilte Definition des Begriffs der volkswirtschaftlichen, i. e. makroökonomischen Planung zu geben. Nach dem deiktischen Verfahren sei zunächst negativ gesagt, daß das Vorhandensein einer amtlichen Wirtschaftsprognose mit dem Titel „Plan" noch nicht bedeutet, daß in jenem Lande tatsächlich makroökonomische Planung praktiziert wird; auch dann nicht, wenn das Prognoseinstitut „Planbüro" oder ähnlich

heißt. Planung im hier verwendeten Wortsinn erfordert einmal den Anspruch des Staates, den Wirtschaftsablauf entsprechend den im voraus für einen bestimmten Zeitraum festgelegten Zielen zu gestalten; darüber hinaus „die strategische Anwendung von Instrumenten der Wirtschafts- und Sozialpolitik durch die Regierung im Zusammenwirken mit wirtschaftlichen und sozialen Verbänden, um die explizit formulierten quantitativen und/oder qualitativen Ziele kurz-, mittel- und langfristig zu erreichen[2]."

Diese Gestaltung kann naturgemäß keine beliebige sein, sondern ist nur in jenen relativ engen Grenzen möglich, innerhalb deren bei gegebenen Ressourcen, Verhaltensparametern, überhaupt „Umwelt"-Parametern des Subsystems Wirtschaft, disponiert werden kann. Derartige Grenzen sind auch in einem zentralgeplanten System gesetzt, in einem marktwirtschaftlichen System kommen spontane Dynamik und Beharrungsvermögen hinzu[3]. Letztere legen nahe, daß Planung in marktwirtschaftlichen Systemen einen *mehr*jährigen Zeithorizont haben muß, da innerhalb eines einzigen Jahres wohl kaum ein gestaltender Einfluß auf den Ablauf ausgeübt werden kann.

Diese eher skizzenhaften Umschreibungen des Begriffs sind weit entfernt davon, ein Optimum definitorischer Präzision darzustellen. Wie leicht zu zeigen wäre, führen Formalkriterien nicht sehr weit[4]. Anderseits sind wir heute nicht mehr in der Position Karl Mannheims, der Planung als „Akt des Umbaus einer historisch gewordenen und auf uns gekommenen Gesellschaft in eine immer vollkommener durch den Menschen von zentralen Stellen aus regulierte Einheit"[5] verstand. Zu sehr haben sich die sozialphilosophischen Perspektiven verschoben, seit dies geschrieben wurde.

Für eine makroökonomische Planung ist zunächst erforderlich, daß ein relativ aufwendiger „logistischer" Apparat in Bewegung gesetzt wird, der das analytische und empirische Grundlagenwissen bereitstellt. Es müssen

(i) die unendliche Vielzahl der denkbaren Variablen auf ein Maß reduziert werden, das analytisch und empirisch handhabbar ist;
(ii) die Variablen quantifiziert werden;
(iii) die geeigneten Kausalbeziehungen zwischen den Variablen ermittelt werden;
(iv) Festlegungen getroffen werden, welche die Ziel- und welche die Instrumentenvariablen sind (sein sollen);
(v) die Zielvariablen quantitativ spezifiziert werden;
(vi) die Planungsperiode festgelegt werden.

Im konventionellen, bis vor kurzem nahezu allgemein akzeptierten Denkschema des magischen Vielecks gelten Wirtschaftswachstum und Realeinkommen, Beschäftigung sowie – wenngleich weit weniger unumstritten – „gerechte" Einkommensverteilung als hauptsächliche

Zielvariable, die unter gewissen einschränkenden Randbedingungen[6] mittelfristig zu maximieren sind. Preisstabilität und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht sind nicht in demselben Sinne eigenberechtigte Ziele der Politik, sondern bestenfalls „Zwischenziele", d. h. wichtige Gleichgewichtsbedingungen, die eingehalten werden müssen, wenn ein bestimmter Wachstumspfad erreicht werden soll.

Eine solche Zielvorgabe reduziert die Qual der Wahl bei den Instrumentvariablen erheblich. Für das mittelfristige wirtschaftliche Wachstum sind Investitionsquote und Struktur der Investitionen die wichtigste Determinante. Für die *kurzfristige* Stabilität (monetäre Stabilität, Preisstabilität) ist bei gegebenem Produktivitätswachstum die Rate des Nominallohnwachstums entscheidend. Im Begriffsschema einer heute gebräuchlichen Unterscheidung ausgedrückt: im Rahmen einer makroökonomischen Planung wird das Mengensystem durch die Investitionspolitik und das Preissystem durch die Einkommenspolitik reguliert.

Der unterschiedlichen Prozeßlogik, der die beiden Sphären gehorchen, entsprechen zwei verschiedene Typen von Regulierungsmechanismen: in der Investitionspolitik dominiert der Typus der „technokratischen Planung", in der Einkommenspolitik der Typus der „korporatistischen Planung"[7].

Die Investitionspolitik baut auf einer mittelfristigen sektoralen Perspektive auf, in der angebots- und nachfrageseitige Bestimmungsfaktoren prognostiziert werden müssen. Eine solche Perspektive bildet dann die Grundlage für die Ermittlung der im Hinblick auf Wachstum (bzw. Beschäftigung) „optimalen" Investitionsstruktur. Durch geeignete Instrumente, vor allem Incentives, Koordinierung der Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand etc. wird dann die Investitionstätigkeit der verschiedenen Wirtschaftsbereiche den Zielvorgaben entsprechend beeinflußt. Manche der involvierten Entscheidungsprozesse enthalten zweifellos politische Festlegungen und auch nennenswerte „bargaining"-Elemente, doch ist die Aufgabenstellung im wesentlichen eine bürokratisch-wissenschaftliche.

Anders ist die Situation im Bereich der Einkommenspolitik. Eine makroökonomische Planung in diesem Bereich muß einen institutionellen Rahmen für Verhandlungen zwischen Gewerkschaften, Unternehmen, dem Staat und den kleineren Berufsgruppen bieten, in dem die verschiedenen Ansprüche koordiniert und mit dem quantitativ festzulegenden Stabilitätsziel in Einklang gebracht werden[8]. „Technokratisch" bestimmte Inputs wie z. B. die erwartete Rate der Steigerung der Arbeitsproduktivität, Produktivitätsdifferentiale und dergleichen spielen dabei eine wesentliche Rolle, die Einkommenspolitik selbst ist hingegen wesentlich eine Bargaining-Angelegenheit.

Nach diesen etwas lang geratenen Vorbereitungen wende ich mich dem eigentlichen Thema zu.

II. Der Trend zur Planung

Im Jahr 1945 waren die politischen Voraussetzungen für die Einführung der makroökonomischen Planung in Westeuropa besonders günstig. Im politischen Meinungsspektrum gab es einen Konsens, der über die linke Hälfte hinaus in Teile des traditionell-konservativen Lagers hineinreichte, daß eine Rückkehr zur Wirtschaftsordnung der Zwischenkriegszeit nicht sinnvoll sei, daß vielmehr die nach dem Krieg wiederaufzubauende Welt eine neue Wirtschaftsordnung erhalten müsse. Nicht nur in den sozialdemokratischen Parteien war viel von einem „Dritten Weg" die Rede. Bei grundsätzlicher Beibehaltung der Pluralität der Eigentumsformen sollte eine Kombination aus Markt- und Planwirtschaft gefunden werden, die ein wesentliches Element der Programmatik des „Dritten Weges" bildete. Die auf politischer und nationalökonomischer Ebene intensiv geführte Planungsdiskussion hatte in etlichen Ländern konkrete Schritte zur Folge[9].

Unmittelbar nach dem Krieg führten Frankreich, die Niederlande und Norwegen Systeme einer „zentralen Wirtschaftsplanung" ein. Großbritannien errichtete 1947 ein „Economic Planning Board".

Die ideell-programmatischen Motive für derartige Schritte waren bei den verschiedenen politischen Parteien und in den einzelnen Ländern unterschiedlich[10]. Politisch entscheidend war das damals vorherrschende Krisenbewußtsein, das nicht nur die Notsituation und den Weltkrieg widerspiegelte, sondern auch die Erfahrungen der großen Depression der Zwischenkriegszeit. Die Krise des Kapitalismus wurde weithin als so fundamental angesehen, daß auch Teile der konservativen Parteien den Übergang zu bestimmten Formen einer makroökonomischen Planung als unumgänglich betrachteten[11].

In der Praxis dienten die neu etablierten Planungsregime neben der Aufgabe der Mangelbewirtschaftung dem Wiederaufbau, d. h. der Wiederherstellung der Produktionskapazitäten und der Infrastruktur. Es war von vornherein klar, daß sich innerhalb einer Zeitspanne von fünf bis zehn Jahren, sobald die Aufgabe des Wiederaufbaus abgeschlossen sein würde, Zielsetzungen und Methoden der Planung grundlegend ändern würden[12]. In der Sicht der Planungstheoretiker (wie Lord Beveridge oder Gunnar Myrdal) würde die Rückkehr zur Normalität nicht nur keine Rückkehr zum laissez faire mit sich bringen, sondern zu einer weiteren Entfaltung der gesellschaftlich-politischen Kontrolle der Wirtschaft führen.

Solche Erwartungen gründeten sich einerseits auf den Fortschritt der nationalökonomischen Wissenschaft. Bessere theoretische und empirische Kenntnisse der kausalen Relationen zwischen den einzelnen Variablen, vor allem die Entwicklung von ökonometrischen Modellen, dazu die Verfügbarkeit von umfassenderen und genaueren statistischen Informationen über die Wirtschaft würden die Möglichkeiten einer technokratischen Steuerung und Kontrolle erhöhen.

Gunnar Myrdal sah in der wachsenden Bedeutung einer Kontrolle von Preisen und Einkommen einen Ansatzpunkt für eine wachsende

Bedeutung der korporatistischen Elemente der makroökonomischen Planung[13].

Wenn auch viele der hier genannten Faktoren, auf welche die Erwartung eines Ausbaus der Planung gestützt wurde, eintrafen, so setzte sich der Siegeszug der Planung in den fünfziger Jahren nicht fort. In Großbritannien wurden nach dem Wahlsieg der Konservativen alle derartigen Ansätze liquidiert. Das Thema Wirtschaftsplanung hatte an Aktualität verloren.

Die Wiederbelebung der Planungsidee ging Anfang der sechziger Jahre von Frankreich aus. Nach der schweren politischen Krise der späten fünfziger Jahre, die 1958 das Ende der 4. Republik heraufbeschworen hatte, befand sich Frankreich in einem Prozeß der politischen und ökonomischen Konsolidierung, in dem die Planification eine Rolle von zunehmender Wichtigkeit erlangte. Die Ausarbeitung des Vierten Planes (1962–1965) erlangte ein bis dahin nicht dagewesenes Interesse in der Öffentlichkeit: „Der Plan wurde Gegenstand fast täglicher Berichterstattung in der Presse. Er begann zu einem Hauptgegenstand des wirtschaftlichen und politischen Lebens zu werden[14]." Auch in anderen Ländern fand das französische Modell der „Planification" in wachsendem Maße Beachtung[15]. Die Tatsache, daß 1963 der Vierte Plan in Frankreich mehr oder weniger als aufgegeben erklärt wurde zugunsten eines Stabilisierungsprogrammes, das auf Preisstabilisierung und eine Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts abzielte, wurde in den Hintergrund gedrängt durch die außerordentliche Wachstums-Performance Frankreichs in der ersten Hälfte der sechziger Jahre.

Länder mit unterdurchschnittlichem Wirtschaftswachstum wie Großbritannien und Österreich studierten damals das Modell der Planification auf ihrer Suche nach wirtschaftspolitischen Strategien, die den drohenden Wachstumsrückstand verhindern sollten[16].

Streng genommen nicht unter den Begriff „Planung" subsumierbar, aber zumindest als Schritte in diese Richtung zu verstehen sind jene Methoden der gesamtwirtschaftlichen Globalsteuerung, die in den sechziger Jahren in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland eingeführt wurden. Beide Länder waren bis dahin der Idee einer makroökonomischen Planung höchst reserviert gegenübergestanden. Die sogenannten „New Economics" der Administrationen Kennedy und Johnson[17] hatten die Überwindung von Stagnation und Unterbeschäftigung, welche die Wirtschaftsentwicklung der USA in den fünfziger Jahren geprägt hatten, als oberste Zielsetzung. In der Bundesrepublik Deutschland war die Rezession 1967 der Anlaß zu einem Abrücken von der extrem interventionsfeindlichen Form der sozialen Marktwirtschafts-Doktrin. Das 1967 beschlossene „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" machte Planung im öffentlichen Sektor obligatorisch („Mittelfristige Finanzplanung") und schuf eine Reihe neuer Instrumente zur Globalsteuerung. Dazu kam der Versuch einer Einkommenspolitik im Wege der „konzertierten Aktion".

In Österreich war die wirtschaftspolitische Diskussion der späten

sechziger Jahre geprägt von der Besorgnis, daß der Wachstumsrückstand gegenüber den west- und nordeuropäischen Industriestaaten tendenziell zu wachsen drohe. Das Wirtschaftsprogramm 1968 der damals in Opposition befindlichen SPÖ enthielt detaillierte Vorschläge zur Einführung einer makroökonomischen Rahmenplanung.

III. Planung und Krise

Dieser – zugegeben extrem verkürzte – Abriß einer Geschichte der Versuche makroökonomischer Planung läßt ihre wachsende Rolle im Wachstumszyklus hervortreten: sie ist gewissermaßen „anti-zyklisch". Planung ist primär ein Instrument zur Überwindung von Stagnation und Rezession. Unmittelbar nach dem Krieg erblickte man in ihr vor allem ein Gegenmittel zur Verhinderung eines Rückfalls in die Depression der dreißiger Jahre. Die Experimente mit verschiedenen Planungssystemen bzw. Ansätzen zu Planung in den sechziger Jahren sind hauptsächlich Reaktionen auf gewisse ökonomische Krisenerscheinungen (oder was man damals dafür hielt), oder im Beispiel Frankreich Teil eines grundlegenden Neubeginns nach einer schweren politischen Krise.

Welche ökonomischen Phänomene in den fünfziger und sechziger Jahren mit dem Namen „Krise" bedacht wurden – sie nehmen sich rückblickend geringfügig und harmlos aus im Vergleich zu dem, was sich seit 1973 ereignet hat. Nach den Erfahrungen der fünfziger und sechziger Jahre wäre zu erwarten gewesen, daß die Krise der siebziger Jahre zu einer verstärkten Rückbesinnung auf die Möglichkeiten einer makroökonomischen Planung führen würde. Dies ist bislang nicht der Fall gewesen, im Gegenteil: ein an den Erfordernissen der jeweiligen Wirtschaftslage bzw. der konkreten Notsituation im Einzelfall orientierter ad hoc-Interventionismus hat die Planung in den Hintergrund gedrängt bzw. Ansätze dazu wieder verkümmern lassen. Es würde jedoch zu weit gehen, die Krise für den Verfall der makroökonomischen Planung hauptverantwortlich zu machen. Zahlreiche Anzeichen in dieselbe Richtung waren bereits in den sechziger Jahren unübersehbar gewesen.

Das avancierteste Planungsmodell des Westens, die französische Planification, war in den sechziger Jahren zunehmend Erschütterungen ausgesetzt. Schon der Konflikt zwischen dem Vierten Plan (1962/65) und dem Stabilisierungs-„Plan" hatte die prekäre Rolle der Planification im Rahmen der Wirtschaftspolitik deutlich werden lassen. Diese Erfahrungen waren bei der Erstellung des Fünften Planes (1966/70) berücksichtigt worden: „The political counterpart of the general resource allocation approach adopted in the fifth plan was participation: participation by the trade unions in incomes policy; and participation by the government in the automatic adjustment of short-term economic measures to the plan[18]."

Diese Reorientierung war ein Versuch, das wachsende Ungleichgewicht zwischen der technokratischen Komponente und der korporatistischen Komponente der Planung abzubauen. Während die Verfeinerung des wissenschaftlich-technischen Planungsapparats Tendenzen zu einer gewissen Verselbständigung hervorbrachte, blieb die Planification im Bereich der Einkommenspolitik bemerkenswert rückständig. Wenngleich es an Reformvorschlägen und auch an Versuchen zu einer Stärkung der korporatistischen Komponente nicht fehlte, konnte diese Stütze des Systems nicht so weit verstärkt werden, daß die Planification schwereren exogenen Schocks gegenüber tragfähig gewesen wäre[19].

Als jenes Planungsmodell mit der am stärksten entwickelten korporatistischen Komponente kann wohl das niederländische angesehen werden. Die holländische Einkommenspolitik hatte in den fünfziger Jahren beträchtliche Erfolge. Daß sie im Laufe der sechziger Jahre zusammenbrach, ist teilweise auf äußeren wirtschaftlichen Druck, teils auch auf ein überzogenes technokratisches Anspruchsniveau zurückzuführen[20]. Die Frage muß hier offenbleiben, ob die von Rückschlägen betroffenen Modelle sich im Falle der Fortdauer der wirtschaftlichen Prosperität in den siebziger Jahren wieder konsolidiert hätten. Die Beschleunigung der Inflation, der Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse, schließlich der Ölpreisschock 1973, die bruchartigen Veränderungen in den verschiedensten Strukturdimensionen der Wirtschaft seit der Rezession 1974/75 haben dazu beigetragen, daß sich die Krise der markoökonomischen Planung in den siebziger Jahren akzentuiert und deren Bedeutung abgenommen hat.

„Krise" führt nicht automatisch zu „mehr Planung", wie es in der Nachkriegszeit lange den Anschein hatte. Die Fähigkeit der makroökonomischen Planung, Unsicherheit zu reduzieren, ist offenbar begrenzt. Übersteigt die Unsicherheit ein gewisses Maß, so wird die Planung selbst vom Sog der Instabilität erfaßt und ist nicht mehr imstande, die immer weniger prognostizierbare Realität zu kontrollieren.

Vielleicht liegt ein beträchtlicher Wahrheitsgehalt in der These, daß im Gegensatz zur in den sechziger Jahren weithin akzeptierten Annahme, die Planung habe das Wachstum möglich gemacht, das Umgekehrte zutrifft: „that after all it was growth that made planning possible[21]." Wahrscheinlich war es aber weniger das Wachstum als solches als seine Stetigkeit. Demnach wäre eine Renaissance der Planung dann zu erwarten, wenn wieder eine längerfristige wirtschaftliche Entwicklungsperspektive der westlichen Industriegesellschaft mit hinreichender Deutlichkeit erkennbar sein wird, gleich ob es sich dabei um einen neuen Wachstumspfad oder um die stationary state economy handelt.

Anmerkungen

1 Zitiert bei Stephan S. Cohen, Modern Capitalist Planning: The French Model (Paperback edition), Berkeley – Los Angeles – London 1977, S. xi

2 Jack Hayward, Inertia and Improvisation: the Planning Predicament, in: J. Hayward/O. Narkiewicz (Hrsg.), Planning in Europe, London 1978, S. 11

3 In letzter Zeit ist allerdings deutlich geworden, daß die „zentralgeplanten" Wirtschaften mit einer größeren spontanen Dynamik rechnen müssen als man dort bisher anzunehmen geneigt war.

4 So etwa führt das „Macmillan Dictionary of Modern Economics" (hrsg. von David W. Pearce, London und Basingstoke 1981) unter dem Stichwort „Planned Economy" aus: „An economy where crucial economic processes are determined to a large extent not by market forces, but by an economic planning body which implements society's major economic goals." Diese Definition ist einerseits zirkulär – der zu erklärende Begriff kommt in der Erklärung vor –, andererseits in wesentlicher Hinsicht unbestimmt. Selbst wenn man festgestellt hat, daß im Land X bestimmte Ziele verfolgt werden, kann man anhand der zitierten Definition nicht entscheiden, ob es sich um eine geplante Wirtschaft handelt oder nicht, geht doch aus dem Kontext nicht hervor, ob diese Abläufe „wesentlich" sind und ob es sich bei den Zielen um „hauptsächliche" handelt.
„Planung" ist offensichtlich etwas zu Komplexes, um sich in einem Satz durch Aufzählung einiger Formaleigenschaften umschreiben zu lassen. Der ökonomische und soziologische Inhalt des Begriffs läßt sich nur in einem umfassenden Bezugsrahmen entfalten, in welchem Gegenstand und Anspruch deutlich gemacht werden.

5 Karl Mannheim, Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus. Bad Homburg – Berlin–Zürich 1967, S. 228. Mannheims Buch erschien ursprünglich in englischer Sprache 1935.

6 Diese wegen ihrer Vielfalt kaum vollständig explizit zu machenden Rahmenbedingungen sind größtenteils außerökonomischer, aber auch ökonomischer Natur (z. B. keine beliebige Steigerung der Investitionsquote zur Erzielung höherer Wachstumsraten).

7 Diese Unterscheidung stammt – soweit ich sehe – aus der Politikwissenschaft und findet sich bei M. M. Watson, The Character and Contradictions of Western Style Planning, in: R. T. Griffiths (Hrsg.), Government, Business and Labour in European Capitalism. London 1977, S. 42 ff.

8 Otto Neurath war einer der ersten, der die Bedeutung der „korporatistischen Komponente" in der Planung klar erkannte. In einer Rezension von Hayeks „Road to Serfdom" schreibt er: „Professor Hayek scheint zu weit zu gehen, wenn er nur eine Wahl offenläßt, nämlich zwischen dem, was er die Freiheit des Wettbewerbs nennt, und dem uneingeschränkten Totalitarismus ‚des Planers'. Er denkt nie an *Planung als ein kooperatives Bemühen*, das auf Kompromissen basiert." Gesammelte philosophische und methodologische Schriften, Bd. 2, Wien 1981, S. 980.

9 Über Geschichte und Entwicklung der makroökonomischen Planung in Westeuropa nach 1945 unterrichten umfassend die synoptischen Studien von Karlheinz Kleps, Langfristige Wirtschaftspolitik in Westeuropa, Freiburg im Breisgau 1966; die ECE-Studie „Economic Planning in Europe", Part 2 des Economic Survey of Europe in 1962 der Economic Commission for Europe der UNO, Genf 1965.

10 Theodor Prager hat z. B. ausführlich auf die national-historischen Wurzeln der französischen Planification hingewiesen. In: Wirtschaftswunder oder keines? Zur politischen Ökonomie Westeuropas. Wien 1963, S. 91 ff.

11 Gegen diese mächtige Strömung im Zeitgeist wendet sich Hayeks Buch „Road to Serfdom", das den konservativen „Defaitismus" in bezug auf die Planung bekämpfte.

12 Siehe z. B. Full Employment in a Free Society. A Report by Lord Beveridge. London 1944, S. 158

13 The Trend Towards Economic Planning, in: The Manchester School of Economic and Social Studies, Vol. XIX (1951)

14 Vera Lutz, Zentrale Planung für die Marktwirtschaft. Eine Untersuchung der französischen Theorie und Erfahrung. Tübingen 1973, S. 2

15 In dieser Zeit entstand die obzitierte ECE-Studie, die der Darstellung der Planification

breiten Raum einräumt. Auch in Österreich bezeugen eine Reihe von Artikeln ein wachsendes Interesse. Aus der großen Zahl der Beiträge seien hier erwähnt: Theodor Prager, Zur Diskussion über Programmierung. In: Weg und Ziel Nr. 9/1963; Eduard März, Programmierung in Österreich. In: ders., Österreichs Wirtschaft zwischen Ost und West, Wien 1965, S. 128 ff.

16 Von seiten des Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterkammer war die Forderung nach Einführung einer gesamtwirtschaftlichen Programmierung seit längerer Zeit erhoben worden. (Siehe z. B. die vom Arbeitskreis Benedikt Kautsky herausgegebene Broschüre „Währungsstabilität und Wirtschaftswachstum", Wien 1962, deren Mitverfasser Philipp Rieger ist.) Eine Delegation von Experten der Arbeitnehmerseite und der Arbeitgeberseite unternahm Anfang 1963 eine Studienreise nach Frankreich, an der Philipp Rieger teilnahm, und erstattete einen ausführlichen „Bericht über die Programmierung (planification indicative)." Die Errichtung des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen als Ausschuß der Paritätischen Kommission war das Ergebnis des Kompromisses der Debatte um die Programmierung.

17 Siehe z. B. Arthur Okun, The Political Economy of Prosperity, New York 1966

18 Cohen, op. cit., S. 259

19 Jacques Delors, „The Decline of French Planning" sieht die entscheidenden Versäumnisse auf seiten der Regierung: „The negative result of rejecting the chance to negotiate with the unions on prices and incomes was crucial not only in itself but also – which has been widely neglected by many commentators – for the institution of planning. It was a key factor in the decline of planning in postwar France. In: St. Holland (Hrsg.), Beyond Capitalist Planning. Oxford 1978, S. 22

20 Vgl. W. Albeda, Recent Trends in Collective Bargaining in the Netherlands: „The 1960s saw the collapse of this system as a consequence of economic pressure from abroad and the stress that the whole arrangement put on employees, trade unions and undertakings". In: Collective Bargaining in Industrialised Market Economies. International Labour Office, Genf 1974, S. 322.

21 Jacques Leruez, Macro Economic Planning in Mixed Economies: the French and the British Experience, in: Hayward/Narkiewicz, op. cit., S. 46.